

Ausschluss zugleich das stärkste und schärfste Mittel der Auseinandersetzung ist. So setzt der Ausschluss eines Gesellschafters unter diesem Gesichtspunkt entsprechend § 140 Abs. 1 HGB voraus, dass das Zerwürfnis von ihm zumindest überwiegend verursacht worden ist und in der Person des oder der auf Ausschluss klagenden Gesellschafter nicht ebenfalls ein Ausschlussgrund vorliegt. Auch dies ist vorliegend der Fall. Der Kläger hat mit seinen Offenlegungen von Geschäftsinterna der Beklagten in schwerwiegender Weise gegen seine Verschwiegenheitspflicht gemäß § 20 des Gesellschaftsvertrages und damit zugleich gegen seine gesellschaftsrechtliche Treuepflicht verstoßen. Auch unter Berücksichtigung des von ihm eingenommenen Standpunktes, dass die Geschäftspolitik der Beklagten wegen der Zusammenarbeit mit der BvL verfehlt war, hätte er diese Interna nicht in die Öffentlichkeit tragen dürfen, sondern hätte sie auf dem dafür gesellschaftsintern vorgesehenen Weg durch Klärung innerhalb von Gesellschafterversammlungen verfolgen müssen. Somit ist das Zerwürfnis zwischen ihm und der Gesellschaft zumindest überwiegend von ihm verursacht worden.

Auch wenn die nach seiner Auffassung von den Mehrheitsgesellschaftern verfolgte Geschäftspolitik unrichtig war, bildete dies andererseits keinen Grund für einen Ausschluss der anderweitigen Gesellschafter der Beklagten.

Berücksichtigt man weiterhin, dass neben der erheblichen Schädigung der Beklagten für diese erhebliche Schäden entstanden sind und der Kläger durch seine Konkurrenzabsicht auch zu eigenem Nutzen handelte und er ferner Mitgesellschafter persönlich, u. a. durch die Stellung von Strafanzeigen, angriff, und dadurch Unfrieden in dem Kreis der Gesellschafter der Beklagten stiftete, ergibt eine Gesamtabwägung aller Gesichtspunkte, dass eine Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit ihm unzumutbar ist.

Der Ausschluss- und Einziehungsbeschluss in der Gesellschafterversammlung der Beklagten vom 15.11.2010 war daher rechters.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO; die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit findet ihre Rechtsgrundlage in § 709 S. 1 ZPO.